

**Niederschrift
über die 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.01.2026**

Sitzungsort/-zeit: Rathaus, Schloßfreiheit 12, Ratssaal
17:00 Uhr – 17:32 Uhr

stellv. Vorsitzende/r
Jan Hädrich

AfD-Fraktion
Winfried Schiller
Dirk Tischmeier
Sebastian Willems

FFZ-Fraktion
Mario Rudolf
Günter Helmut Seidler

CDU-Fraktion
Marian Konratt
Juliane Krüger

i.V. für J. Döhring

Fraktion SPD/WLS/Grüne
Günter Benke
Silke Hövelmann

i.V. für Ph. Koch

Fraktion DIE LINKE.
Eve Kienast

i.V. für A. Schildt

Von der Verwaltung :
Gerit Berzau
Kerstin Gudella
Markus Pfeifer

Protokollantin
Christina Sempert

Nicht anwesend sind:

Vorsitzender
Andreas Dittmann

CDU-Fraktion
Jonas Döhring

i.V. M. Konratt

Fraktion SPD/WLS/Grüne
Philipp Koch

i.V. G. Benke

Fraktion DIE LINKE.
Alfred Schildt

i.V. E. Kienast

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Der stellvertretende Bürgermeister, Herr J. Hädrich, eröffnet die 15. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. 10 von 11 Mitgliedern sind anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Der stellvertretende Bürgermeister hat kein Stimmrecht.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2025

Die Niederschrift der 14. Sitzung wird mit folgendem Ergebnis bestätigt:

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 1. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung BV/0266/2025

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig an den Stadtrat weitergeleitet.

Der Stadtrat der Stadt Zerbst/Anhalt beschließt die 1. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Mitteilungen

Der für das Inkrafttreten des Haushaltes 2026 notwendige Jahresabschluss 2024 steht unmittelbar vor Fertigstellung, berichtet der stellvertretende Vorsitzende J. Hädrich. Bis Ende Januar 2026 soll diese vollzogen sein. Die gesamten Unterlagen zur Haushaltssatzung 2026 wurden der Kommunalaufsicht im Dezember 2025 übersandt. Eine Nichtbeanstandung wird in den nächsten Tagen erwartet. Nach der umgehenden Veröffentlichung kann dann mit den Investitionsvorhaben begonnen werden.

Weiterhin gibt Herr J. Hädrich 2 Vergaben bekannt.

Für die 33. Gewerbefachausstellung vom 08.-10.05.2026 wurde in einer öffentlichen Ausschreibung (28.10.-19.11.2025, nur 2 Angebote) eine Firma für die Miete, Aufbau und Abbau einer Messehalle festgelegt. Es wurde sich für das günstigere Angebot mit 40.901,93 € (Brutto inkl. Skonto) entschieden. Den Zuschlag erhielt die Firma Fest- und Veranstaltungsservice GmbH aus Trollenhagen. Das Unternehmen hat bereits in den letzten Jahren die Messehalle gestellt und ist der Stadt bekannt.

Für den Bau- und Wirtschaftshof wurden folgende Vergaben getätigt:

1. Der Kauf eines Geräteträgers mit Heißdampf zur Wildkrautbekämpfung. Den Auftrag erhielt die Firma Schlotte GmbH aus Leipzig. Der Anschaffungswert beträgt 249.792,95€.

2. Der Kauf eines Transporters mit Doppelkabine und Ladekran für die Mähraupe. Der Auftrag ging an die Firma Autohaus Ostmann GmbH mit einem Anschaffungswert 57.067,35€

Zum Sachstand Krankenhaus Zerbst gibt es keine neuen Erkenntnisse. Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld wird die Einrichtung zum 01.03.2026 übernehmen.

TOP 7 Anfragen, Anträge und Anregungen

Stadtrat H. Seidler geht auf die letzte Sitzung des Bau- und Stadtentwicklungsausschusses mit dem Umweltausschuss, die gemeinsam durchgeführt wurde, ein. Er bittet um Prüfung und Diskussion, ob die Anzahl der Ausschüsse auf den des Bau- und Stadtentwicklungsausschusses reduziert werden könnte. Der BSA hat mitunter die gleichen Punkte auf der Tagesordnung wie der Umweltausschuss. Er bittet um Diskussion zur Notwendigkeit des separaten Umweltausschusses.

Stadträtin S. Hövelmann erinnert daran, dass auf Wunsch der Stadträte die Umweltangelegenheiten aus dem Bau- und Stadtentwicklungsausschuss herausgelöst und separat behandelt werden sollten. Diese Diskussion hat es bereits gegeben. Sie nimmt den Vorschlag zur Diskussion mit in die Fraktion.

Herr J. Hädrich verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass eine Veränderung der Ausschuss-Landschaft nur durch Änderung der Hauptsatzung möglich ist.

Stadtrat M. Rudolf merkt an, dass eine Bürgerinitiative den Anstoß zur Bildung des Umweltausschusses gab, welche in Folge sachkundige Einwohner in den Ausschuss entsandt hat. Die Idee findet bei ihm Zustimmung. Vielleicht besteht die Möglichkeit, diese Bürgerbeteiligung in den Bau- und Stadtentwicklungsausschuss zu integrieren.

Stadtrat D. Tischmeier führt auf, dass in der Vergangenheit häufig die Themen auf den Tagesordnungen der Ausschüsse identisch waren. Die gemeinsame Sitzung hat sich bewährt. Er kann die Idee nachvollziehen. Allerdings sind sachkundige Einwohner nur in beratenden Ausschüssen zulässig, somit für den Bau- und Stadtentwicklungsausschuss nicht realisierbar. Es besteht die Möglichkeit der Antragstellung auf Änderung der Hauptsatzung.

Stadtrat M. Konratt erinnert an die vergangenen Diskussionen dazu, zu Beginn der Wahlperiode. Um die Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, entschied man sich für den Umweltausschuss. Der Vorschlag kann dennoch gerne erneut in den Fraktionen beraten werden. Er ist der Ansicht, den Umweltausschuss in der aktuellen Wahlperiode beizubehalten und den Fortbestand für die Zukunft zu überdenken.

Stadtrat M. Rudolf bringt den Vorschlag, den Bau- und Stadtentwicklungsausschuss in einen beratenden Ausschuss umzuwandeln.

Herr J. Hädrich merkt an, dass sich der Bau- und Stadtentwicklungsausschuss in der vorliegenden Form seit Jahren bewährt hat. Dort werden fachspezifische Themen von im Regelfall

spezialisierten Stadträten beraten, die über bestimmte Kompetenzen oder Erfahrungswerte verfügen und demzufolge auch darüber entscheiden. Die Abschaffung eines beschließenden Ausschusses sollte gut überlegt sein und ist hier nicht zu empfehlen. Er verweist ebenfalls darauf, dass sachkundige Einwohner nur in beratenden Ausschüssen zulässig sind. Der Umweltausschuss befasst sich mit Naturschutzthemen, Gewässerunterhaltung, Parkanlagen und auch erneuerbare Energien. Das Thema erneuerbare Energien nimmt stetig zu. Der Stadtrat kann natürlich über den eingebrachten Vorschlag diskutieren und hierüber entscheiden.

Stadtrat D. Tischmeier warnt davor, aus einem beschließenden Ausschuss einen beratenden Ausschuss zu machen. Er schlägt vor, die Themen spezifischer zu trennen und den Umweltausschuss alle 2 Monate tagen zu lassen.

Herr J. Hädrich merkt an, dass diese Verfahrensweise auch vom Schloss- sowie vom Rechnungsprüfungsausschuss angewandt wird, die jeweils dann tagen, wenn relevante Themen zu erörtern sind.

Er fasst zusammen, dass diese Angelegenheit in den Fraktionen beraten wird.

Stadtrat M. Rudolf erkundigt sich, wann die Beratung zum Sondervermögen stattfinden wird.

Herr J. Hädrich informiert, dass verwaltungsintern Vorschläge erarbeitet und im nächsten Haupt- und Finanzausschuss zur Diskussion gegeben werden. Vorschläge der Fraktionen können dann eingebracht werden. Im Rahmen des Sondervermögens können die Finanzmittel für neue Projekte, aber auch für bereits begonnene Maßnahmen eingesetzt werden. Die Entscheidung über die Verwendung des Sondervermögens mündet in einen Beschluss des Stadtrates.

Stadtrat D. Tischmeier erkundigt sich, ob eine Reduzierung der Erschließungsbeiträge zur Realisierung von Projekten mittels Sondervermögen möglich ist. Bislang war es nicht möglich, die 90% Finanzbeteiligung der Eigentümer der „Sandstraßen“ (Brauereiweg, Große Wiese) zu verringern. Ist eine Reduzierung rechtlich möglich?

Die Anfrage wird an das Fachamt weitergeleitet, entgegnet Herr J. Hädrich.

Stadtrat H. Seidler bringt ein, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch die CDU per Landesrecht dazu geführt hat, dass beispielsweise die Anwohner der Friedensallee nicht finanziell beteiligt worden sind. Die Erschließung hingegen unterliegt dem Bundesrecht. Er verweist darauf, dass bei der Erschließung die Medienträger, Entwässerung etc. berücksichtigt werden müssen, bevor eine Bitumschicht aufgebracht wird. Diese komplexe Thematik sollte umfassend im Bau- und Stadtentwicklungsausschuss behandelt werden.

Der öffentliche Teil endet um 17:30 Uhr.

Jan Hädrich
stellv. Ausschussvorsitzender
und Bürgermeister

Christina Sempert
Schriftführerin